

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. Behördenlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mark, für Selbstabholer 1,90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark, ohne Bestellgeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Wfa. Telefon Sammelnummer 72206 — **Postkontonummer Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Telefon 72206. — **Verlag in Leipzig:** Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72206

Inseratenpreise: Die 10gespalt. Kolonelleise 35 Wfa., bei Platzvorschrift 40 Wfa. Stellenangebote 10gesp. Kolonelleise 25 Wfa. Familiennachrichten von Privaten die 10gesp. Kolonelleise mit 50%, Nachsch. Reklamezeile 2 Wf. Inzerate v. ausw.: die 10gesp. Kolonelleise 40 Wfa., bei Platzvorschr. 50 Wfa., Reklamezeile 2,25 Wf.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Der Ozeanflug der „Amerika“.

In Frankreich verläßt, dann ins Meer gestürzt, Byrd und die Begleiter gerettet. Durch Nebel und Regen.

WTS Paris, 1. Juli.

Auf dem Flugplatz Le Bourget ist bei der Hafenstation ein offizielles Telegramm eingetroffen, das mitteilt, daß die „Amerika“ heute 5,45 Uhr etwa 200 Meter von der Küste bei Ber-sur-Mer (nordöstlich von Bageux, Departement Calvados) ins Meer gestürzt ist, nachdem sie gegen 3 Uhr die Gegend von Paris überflogen hatte. Byrd und seine Mannschaft sind gerettet.

Ueber den Verlauf des Fluges und das Warten auf Nachricht wird noch gemeldet:

SWD Paris, 1. Juli (Radio).

Der amerikanische Flieger Byrd, der am Mittwoch 10,45 Uhr zum Ozeanflug startete, hat am Donnerstag 20,30 Uhr nach einem schwierigen Flug durch dichten Nebel und Regen die französische Küste bei der Hafenstadt Brest erreicht und den Flug in der Richtung Paris fortgesetzt. Die Flieger und die Hafenbehörden tauchten funktentelegraphische Grüße aus und bis 0,30 Uhr blieb der Flieger in ständiger funktentelegraphischer Verbindung

mit verschiedenen französischen Funkstationen der Hafenstädte und der Umgebung von Paris.

Gegen 0,50 Uhr wurden die funktentelegraphischen Mitteilungen verwirrt und zusammenhanglos. Man entnahm ihnen nur, daß sich die Flieger verirrt hätten und die französischen Funkstationen ersuchten, ihnen einen Ort anzugeben, wo sie niedergehen könnten. Die französischen Antworten auf diese Anrufe sind aber ohne weitere Antwort geblieben. Von 1 Uhr an hatten sämtliche französische Funkstationen die Flieger verloren.

Gegen 3 Uhr morgens verbreitete sich auf dem Flugplatz von Le Bourget, wo Hunderte von Menschen bis in die Morgenstunden ausharrten, das Gerücht, daß die Flieger auf dem Flugplatz von Issy bei Paris niedergegangen seien. Es stellte sich heraus, daß dies eine Falschmeldung war, aber auch die Behörden des Flugplatzes von Le Bourget schenken ihr Glauben und stellten die Scheinwerfer ab und sämtliche Funkkräfte, gefolgt von den Menschenmassen, strömten nach dem Flugplatz von Issy, südwestlich von Paris. Nach einer halben Stunde stellte man fest, daß der in Issy niedergegangene Flieger nicht der Ozeanflieger sei. Gegen 4,45 Uhr verbreitete sich von neuem das Gerücht, die Flieger seien in der Gegend von Chartres zur Notlandung gezwungen worden. Aber auch diese Meldung erwies sich als unrichtig.

Das Fürsten-Sperregesetz abgelehnt.

Keine Zweidrittelmehrheit zustande gekommen.

Berlin, 30. Juni.

Der Reichstag beschäftigte sich heute mit dem Sperregesetz über die Abfindung der Fürsten. Wie schon mitgeteilt, hatte am Mittwoch der Rechtsausschuß den Antrag der Sozialdemokraten und Demokraten angenommen. Das Zentrum hatte sich von den Regierungsparteien losgelöst, so daß dadurch eine knappe Mehrheit zustande kam.

Die Regierungsparteien hielten sich, obwohl heute mittag nochmals eine Sitzung des Kabinetts wie auch des interfraktionellen Ausschusses stattgefunden hatte, nicht zu einigen vermocht. Darum wurde dem Ausgang der heutigen Plenarsitzung eine besonders große politische Bedeutung zugemessen. Die Sitzung wurde eröffnet durch den Bericht, den der Zentrumsvizepräsident Mann gab. Danach sprach Genosse Rosenfeld, der Kommunist Neubauer, der demokratische Abg. Rischhofen und der Württembergische Abgeordnete Kube. Die Regierung schwieg sich völlig aus, und auch von den Regierungsparteien hat kein Redner das Wort genommen. In der Abstimmung wurden zunächst die zwei Absätze des sozialdemokratischen Antrags angenommen, und zwar mit den Stimmen der Linksparteien infolge des Zentrums, während die anderen Parteien des Bürgerblocks mit den Falkenkreuzern gegen den sozialdemokratischen Antrag votierten. Die Abstimmung wurde bis zum Schluß der Sitzung ausgesetzt, da eine Reihe von Ausschüssen an einer Beschäftigung des Rechnungshofes in Charlottenburg beteiligt waren. Inzwischen wurde die zweite Lesung der Änderungsanträge zum Aufwertungs- und Anleihe-Absatzgesetzes in Angriff genommen.

Die Schlussabstimmung über das Sperregesetz,

die namentlich vorgenommen worden war, ergab die Anwesenheit von 402 Abgeordneten, also mehr als die geschäftsordnungsmäßigen zwei Drittel, umfassen. Von diesen 402 Abgeordneten stimmten 232 mit Ja, 167 mit Nein und zwei Abgeordnete enthielten sich der Stimme.

Der Präsident, Genosse Löbe, erklärte, daß wohl die erste Voraussetzung für die Annahme des Gesetzes vorhanden sei, nämlich die Anwesenheit von zwei Dritteln der Abgeordneten, daß aber von diesen nicht zwei Drittel für das Gesetz votiert hätten. Darum gelte es als abgelehnt.

Die Sozialdemokraten, die Demokraten und das Zentrum hatten gemeinsam im Gegensatz zu den anderen Parteien des Bürgerblocks und der Mehrheit des Kabinetts die Auffassung vertreten, daß bei der Verabschiedung dieser beiden Anträge keine Zweidrittelmehrheit notwendig sei, denn es handle sich lediglich um die Verlängerung eines bereits vom Reichstage beschlossenen Gesetzes, die keine qualifizierte Mehrheit erfordere. Trotz dieser Auffassung, die von den drei Weimarer Parteien vertreten wurde, erklärte Genosse Löbe zum Ersauern der drei Fraktionen, daß nach seiner Auffassung die geschäftsordnungsmäßige Zahl der Stimmen nicht abgegeben werden sei.

Die Abstimmung ergibt jedenfalls, daß sich seit Bestehen des Bürgerblocks die Regierungsparteien zum erstenmal voneinander

lösen, wenigstens dieser Art keine weitergehende politische Bedeutung zugemessen zu werden braucht. Jedenfalls dürfte sich dieser Vorfall bei der Frage des Nationalfeiertags wiederholen. Zuletzt aber sind das nur kleinere Fragen, die an dem Bestand des Bürgerblocks nicht rütteln dürften. Dies um so weniger, als Gerüchte im Umlauf sind, wonach die Sitzungsperiode des Reichstags bereits am Ende der nächsten Woche zum Abschluß gebracht werden soll. Die endgültige Entscheidung darüber dürfte der Reichstagsrat im Verlaufe des Freitagvormittags treffen.

Zentrumsfraktion gegen Zentrumsminister.

Berlin, 1. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Die Berliner Morgenpresse beschäftigt sich eingehend mit der gestrigen Abstimmung über das Sperregesetz. Die Zentrumsminister, der Reichstagskanzler Dr. Marx und der Arbeitsminister Dr. Brauns, haben im Kabinett dafür gestimmt, daß eine Verlängerung des Sperregesetzes nicht notwendig sei. Im Gegensatz zu seinen Vertretern im Kabinett stimmte das Zentrum trotzdem mit den Linksparteien. Die Tägliche Rundschau, das Stresemann-Organ, wie auch die anderen Blätter des Bürgerblocks bemerken, daß dies nur „eine große Geste“ sei, damit das Zentrum vor seinen Wählern bestehen könne. Tatsächlich wußte das Zentrum im voraus, daß keine Zweidrittelmehrheit zustandekommen würde.

Bemerkenswert ist eine Episode, die von einer Reihe von Blättern mitgeteilt wird. Bei der namentlichen Abstimmung begaben sich der Reichstagskanzler Dr. Marx und der Arbeitsminister Dr. Brauns an ihre Plätze, um die Stimmkarten zu holen. Man hatte bemerkt, daß Marx und Brauns im Gegensatz zur gestrigen Zentrumsmehrheit rote Stimmkarten hervorgezogen. Sie haben aber dann den Schriftführer, der die Karten einwarf, an sich vorbeigehen lassen, ohne sich an der Abstimmung überhaupt zu beteiligen. Die Blätter teilen mit, daß es zuvor lebhaftes Auseinandergehen zwischen einem Teil der Zentrumspartei und ihren beiden Ministern gegeben habe. Erst daraufhin haben Marx und Brauns ihre roten Karten wieder in ihren Tischkästen verschwinden lassen.

Die Germania begründet am Freitag morgen die Haltung der Zentrumsmehrheit. Das Blatt schreibt: „Die Forderung des Generalbevollmächtigten der früheren Fürstentümer in allen Ehren. Sie hat moralische, aber keine gesetzliche Kraft, zudem wird der Meinung kaum widersprochen werden können, daß Notwendigkeiten, die der Staat für dringlich hält, durch gesetzliche Beschlüsse und nicht durch freiwillige Zusagen sichergestellt werden müssen. Das verlangen das Ansehen und die Autorität des Staates.“ Das Blatt gibt schließlich der Hoffnung Ausdruck, daß in diesem Jahre keine Fürstenprozesse mehr zu erwarten sind, denn sonst würde bei der bisherigen Praxis der Gerichte die finanzielle Not einzelner Länder noch vergrößert werden. Dafür tragen dann die Parteien die Verantwortung, die sich der Notwendigkeit der Verlängerung des Sperregesetzes verschlossen.

Abfindung der Württemberger.

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Demokraten und der Kommunisten nahm der württembergische Landtag am Donnerstag den Vertrag über die Vermögensauseinandersetzung zwischen dem württembergischen Staat und dem Herzoghaus an. Nach diesem Vertrag wird das Herzoghaus Württemberg mit einer jährlichen Rente von 120 000 Mark abgefunden. Die Rente kann vom Staat innerhalb zehn Jahren mit einem Betrag von 2 1/2 Millionen Mark abgelöst werden. Die Württemberger der früheren Königin wurde von 36 000 auf 70 000 Mark erhöht.

Die Geheimnisse von Oberschlesien.

II. 1927

Neue Organisation Oberland.

N. Die Kerntruppe des ober-schlesischen Selbstschutzes war das Freikorps „Oberland“, das im Frühjahr 1919 durch General Epp, dem Wittelsbachischen Hofoffizier in München, zur Bekämpfung der Räterepublik aufgestellt wurde. Nach der Niederwerfung der Münchner Räterepublik ging das Freikorps Epp-Oberland im Frühjahr 1920 nach dem Rheinland, wo es im Kampfe gegen die Roten Garben eingesetzt wurde, die sich bei der Abwehr des Rapp-Bußches gebildet hatten. In München erfolgte sodann eine Reorganisation des Freikorps, das in enger Beziehung zur Organisation Ehrhard stand und sich ebenso wie diese auf die Wiederherstellung der alten Staatsform im Innern und auf einen eventuellen Krieg nach außen vorbereitete. Die notwendigen Geldmittel wurden von der Großindustrie bereitwillig zur Verfügung gestellt. Im Dienste waren stets die Stäbe und die Robers für die aufzustellenden Truppenteile. Die Mitglieder rekrutierten sich aus der Landbevölkerung und aus Studierenden der Universitäten und ähnlicher Institute. Im Herbst 1920 schickte Oberland eine gemischte Division nach Oberschlesien, die zunächst die einzige vollständig ausgerüstete Formation war, die man gegen die Polen einsetzen konnte. Nach dem Waffenstillstand im Juli 1921 wurden die Selbstschutzverbände offiziell aufgelöst. Neben Oberland handelte es sich um die Formation Korbach, Aulod, Hubertus, Ehrhardt, Strachwitz, Kessel, Rischhofen, Winkler, Schwarze Schaar, Garnier, Heinz und mehrere kleinere andere.

Nach der offiziellen Auflösung verwandelten sich die Selbstschutzverbände in sogenannte Arbeitsgemeinschaften oder Arbeitskommandos, die auf die verschiedenen Kreise verteilt wurden und auf den Gütern als landwirtschaftliche oder forstwirtschaftliche Arbeiter „beschäftigt“, d. h. offiziell geführt wurden. Die Offiziere blieben teils bei den Stäben, teils fungierten sie als Distrikts-Offiziere, die die untergeordneten Mannschaften zu beaufsichtigen hatten. Es kam zu verschiedenen Reibereien zwischen den Selbstschutzleuten und den Arbeitern. Das Korps Korbach wurde zunächst aus Schlesien zurückgezogen und nach Pommern, Mecklenburg und Brandenburg verteilt. Als die Arbeitskommandos den Umsturz der bestehenden Verfassung planten und die Auslieferung der Polen zugesprochenen Teile Oberschlesiens verhindern wollten, wurden sie im Dezember 1921 von der Reichsregierung und der Interalliierten Kommission aufgelöst, blieben aber trotz wiederholter Aufforderung noch länger beisammen. Im Februar 1922 entschloß sich Oberland, seine Angehörigen aus Oberschlesien zurückzuführen und sie in Bayern, Tirol und Ungarn zu verwenden, wo sie von Major Bischoff und Hauptmann Pabst geführt wurden. Kapitän Ehrhardt trat mit seiner Organisation zu Oberland über.

Der Stab des Korps Korbach verwandelte sich in eine sogenannte „Deutsche Auskunfts“, die ihre Haupt- und Neben-geschäftsstellen in Berlin aufmachte und die über eine Kriminalabteilung, eine politische Abteilung, eine Auskunfts-, Börsen- und Inkafo-Abteilung, Wach- und Schuß-Abteilung, eine juristische und Auslands- und Presse-Abteilung verfügte. An der Spitze der politischen Abteilung stand Korbach selbst. Es wurden in mehreren schlesischen Städten sogenannte Wach- und Schließgesellschaften gegründet, deren Oberbeamte Offiziere des Korps Korbach waren. Während die Ausrüstungsgegenstände und die Waffen der kleineren Organisationen von der schlesischen Ordege übernommen wurden, brachte sie Oberland restlos nach Bayern zurück. Auf den Gütern in Schlesien wurden wahre Bezirkskommandos eingerichtet.

Im Zusammenhang mit dem ober-schlesischen Selbstschutz wurde auch die Ordege in Sachsen gegründet. Sie konnte sich hier aber nicht halten. Die Reste vereinigten sich unter dem Namen „Brüder vom Stein“. Und als auch diese Organisation von der Regierung aufgelöst wurde, gründete man den sogenannten Silberhild.

Das Freikorps Oberland wurde am 24. September 1921 auf den Kronprinzen Ruprecht von Bayern vereidigt. Die Waffen für Oberschlesien brachte es aus Bayern mit.

In diesem Zusammenhange ist auch die Beteiligung der deutschen Kommunisten, vor allem der bayrischen unter der Führung von Otto Graf und Otto Thomas an den Kämpfen des Freikorps Oberland in Oberschlesien wichtig. In der Zeit, in der Oberland in Oberschlesien kämpfte und später als Arbeitskommando existierte, flossen monatelang erhebliche Summen — man spricht von einem Höchstbetrag von 750 000 Mark — in die Kasse der kommunistischen Neuen Zeitung in München, die von dem berüchtigten Münchner Polizeipräsidenten Böhmer erlaubt wurde, während das unabhängige und das mehrheitssozialistische Blatt „unter Repressalien der Böhmer-polizei zu leiden hatten.“

Diese Gelder für die kommunistische Neue Zeitung stammten von dem Führer des „Oberland“, dem Hauptmann Römer, der den Chef der Nachrichtenzentrale, Hauptmann Kessel, alias Rieker, als Vermittler benutzte. Es steht auch fest, daß die bayrischen Kommunistenführer damals an ihre schlesischen Parteigenossen die Weisung gaben, die Transporte der rechtsradikalen Femeheiden nicht zu befähigen.